

Artikel vom 10.12.2022

Landesversammlung der MU in Bad Windsheim

Sebastian Brehm jetzt MU-Landesvorsitzender



Der neue MU-Landesvorsitzende Sebastian Brehm bei der Landesversammlung in Bad Windsheim. (Foto: PM)

Der Nürnberger Bundestagsabgeordnete **Sebastian Brehm** ist **neuer Landesvorsitzender der Mittelstands-Union der CSU (MU) in Bayern**. Bei der Wahl anlässlich der **Landesversammlung in Bad Windsheim** setzte er sich mit 79 der 138 gültigen Delegiertenstimmen gegen **Dr. Thomas Geppert aus Oberbayern** durch. Beide hatten zuvor erklärt, wie bisher auch künftig eng und freundschaftlich zusammenarbeiten zu wollen. Sie hätten sich auch im Vorfeld eine Einigung vorstellen können, waren aber von den Bezirksverbänden gebeten worden, eine Auswahl zu ermöglichen.



Der neue MU-Landesvorsitzende Sebastian Brehm bei seiner Bewerbungsrede, links Wahlleiter CSU-Geschäftsführer Werner Stieglitz. (Foto: PM)

So wurde dann auch Geppert, Landesgeschäftsführer des Bayerischen Hotel- und Gaststättenverbandes und oberbayerischer MU-Bezirksvorsitzender, zu einem der vier Stellvertreter gewählt. Gemeinsam mit Brehm ist er Mitglied im **Bundesvorstand der Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT)**, so der Name der **Dachorganisation von CDU und CSU**. Zu weiteren Stellvertretern wurden die Rechtsanwälte **Jutta Leitherer aus Unterfranken** und **Dr. Thomas Brändlein aus Oberfranken** gewählt sowie der **schwäbische Landtagsabgeordnete Eric**

Beißwenger. Der **Oberfranke Wolfgang Heim** bleibt **Schatzmeister**, **Schriftführer** sind **Stefan Prechtl aus der Oberpfalz** und der **Münchner Claudius Wolfrum**.

Brehm attestiert Bundesregierung „insgesamt mittelstandsfeindliche Politik“

Die Wahlen wurden von **CSU-Bezirks- und Bundeswahlkreisgeschäftsführer Werner Stieglitz** souverän und zügig geleitet, immerhin galt es, zusammen mit den Delegierten in die MIT-Bundesversammlung 144 Posten zu vergeben. Aus der Region waren auch **Bundestagsabgeordneter Tobias Winkler** sowie die **Landtagsabgeordneten Walter Nussel, Petra Guttenberger** und **Hans Herold** vertreten, und auch der **Hohe Repräsentant für Bosnien und Herzegowina, Christian Schmidt**, besuchte die Versammlung in seinem früheren Wahlkreis.

In seiner Bewerbungsrede hatte Sebastian Brehm der amtierenden Bundesregierung eine *„insgesamt mittelstandsfeindliche Politik mit irrsinniger Bürokratie und Umverteilung“* attestiert. Auch **CSU-Generalsekretär Martin Huber** sprach von *„mangelndem wirtschaftspolitischen Sachverstand“* bei der Berliner Regierung, welche **„das Umverteilen zum Prinzip“** erhebe.

CSU-Vorsitzender Dr. Markus Söder forderte die Bundesregierung dazu auf, *„die grüne Blockade“* aufzulösen, den Grünen warf er eine **„Mehrfachmoral“** vor. Man müsse zurück zu einer Ordnungspolitik auf den Grundlagen von Ludwig Erhard und es brauche eine „bundesweite Innovations- und Technikpolitik“. Bayern investiere in Zukunftstechnologien mehr als die meisten anderen, attraktive Netzwerke würden Bayern ebenso weiter voranbringen, wie die entsprechenden Pläne und Antworten auf die Energiekrise.

Söder: „Meister und Master müssen gleichwertig sein“

Außerdem forderte der Ministerpräsident, die **Erbschaftssteuer** bei Betriebsübergängen auf ein **Minimum zu reduzieren**. Söder plädierte für eine **kostenlose Meisterausbildung** und insgesamt mehr Geld nicht nur für die **Universitäten**, sondern auch für die berufliche Bildung. **„Meister und Master müssen gleichwertig sein“**, so Söder, und insofern müsse sich zudem das Wertbild in den Schulen hin zur Aufwertung des Handwerks ändern.

Auch in dem einstimmig beschlossenen **Leitantrag** heißt es, dass in den Schulen frühzeitig das Interesse an einer „Karriere als Unternehmer“ zu fördern ist, beispielsweise mit einem *„Schulprojekt Unternehmensgründung“* als verpflichtendes Betriebspraktikum. Mit **„sieben Forderungen, um den Mittelstand in seiner Vielfalt zu erhalten“**, beschäftigt sich der Leitantrag mit dem Titel „Leistung

muss sich wieder lohnen". Der Staat beanspruche einen immer größeren Anteil an der gesamtgesellschaftlichen Wertschöpfung, was die notwendigen Spielräume für Investitionen und Wachstum verringere.

Mehr Markt- statt Staatswirtschaft

Zum Erhalt der internationalen Wettbewerbsfähigkeit brauche es vielmehr eine spürbare **Senkung der Gesamtsteuerlast**, eine **Reform der Sozialsysteme** und moderne, praxisgerechte und damit flexible **Arbeitszeitregeln**. In der lebhaften Diskussion wurde kritisiert, dass die Bundesregierung vielfach nur schlechte Stimmung verbreite, was ursächlich für die mangelnde Zuversicht vieler Menschen sei. Weniger Bürokratie, verlässliche Energiepreise und mehr Soziale Marktwirtschaft statt Staatswirtschaft waren weitere Themen.